OSTEUROPA ist eine interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa. OSTEUROPA ist Forum des Ost-West-Dialogs und behandelt gesamteuropäische Themen. OSTEUROPA wurde 1925 von Otto Hoetzsch in Berlin gegründet. 1939 musste die Zeitschrift das Erscheinen einstellen. Von 1951 bis 1975 leitete sie Klaus Mehnert, bis 2002 Alexander Steininger.

OSTEUROPA is member of eurozine network: www.eurozine.com

ISSN 0030-6428

OSTEUROPA wird u.a. in folgenden Datenbanken und Bibliographien ausgewertet: European Bibliography of Slavic and East European Studies, International Bibliography of the Social Sciences, International Political Science Abstract, Journal Articles Database, Periodicals Index Online, Public Affairs Information Service, Social Science Citation Index, Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa, Worldwide Political Science Abstracts

Redaktion: Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Margrit Breuer, Olga Radetzkaja, Dr. Andrea Huterer, Katarzyna Wróbel und Ansgar Gilster. An diesem Heft haben Maxie Syren und Johann Becker mitgearbeitet.

Adresse: Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/30 10 45 81 und 30 10 45 82 Fax 030/21 47 84 14; osteuropa@dgo-online.org; <www.osteuropa.dgo-online.org>

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO).

Vorstand: Prof. Dr. Rita Süßmuth (Präsidentin), Prof. Dr. Wolfgang Eichwede, Prof. Dr. Thomas Bremer, Prof. Dr. Timm Beichelt, Dr. Caroline von Gall, Prof. Dr. Sebastian Lentz, Prof. Dr. Rainer Lindner, Prof. Dr. Birgit Menzel, Prof. Dr. Hans-Henning Schröder, Prof. Dr. Stefan Troebst.

Geschäftsführung: Dr. Heike Dörrenbächer, Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/21 47 84 12 info@dgo-online.org; <www.dgo-online.org>

Konto: DGO, Commerzbank, Berlin (100 800 00), 04 148 630 00. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Erscheinungsweise: monatlich. Bezug: über den Verlag, den Buchhandel und die DGO. Das Abo gilt für ein Jahr und verlängert sich, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich beim Berliner Wissenschafts-Verlag gekündigt wird.

Preise: Jahresabo 84,00 €, für Mitglieder der DGO, Studierende, Schulen 49,00 € (plus Porto), Einzelheft 10,00 €, Themenhefte je nach Umfang zwischen 15,00 € und 32,00 €.

Versandkosten für ein Abo in Deutschland 12,00 €; im Ausland 28,50 €. für Einzelhefte/Themenhefte in Deutschland je nach Umfang 1,00/4,00 €. für Einzelhefte/Themenhefte ins Ausland je nach Umfang 3,00/4,50/6,00 €.

Berliner Wissenschafts-Verlag, Markgrafenstr. 12–14, 10969 Berlin, 030/841770-0; bwv@bwv-verlag.de.

Titelbild: Aleksandr Volkov (1886–1957): Brigade auf dem Weg zum Feld, 1930–1932, Ausschnitt. © Staatliches Kunstmuseum Nukus, Usbekistan

© OSTEUROPA/DGO Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil der Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Unter dieses Verbot fallen die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung über CD-Rom und andere elektronische Datenträger.

osteuropa

62. JAHRGANG / HEFT 3 / MÄRZ 2012

Benno Ennker	Zweierlei Krisen in Russland Machterosion und Neuorientierung	3
Sören Urbansky	Ebbe statt Sturmflut Chinesen in Russlands Fernem Osten	21
Gemma Pörzgen	Wertfrage Auslandsjournalismus Die Verlage, das Geld und die Berichterstattung	41
Wolfgang Eichwede	Jahrhundertbiographie Lev Kopelevs Erbe	47
Ol'ga Gyárfášová	Mehr <i>Smer</i> Die Parlamentswahlen in der Slowakei 2012	69
Geschic	hte und Erinnerung in Zentralasien	
Rudolf A. Mark	Mit Schwert und Feder Russland und die Eroberung Mittelasiens	79
Robert Kindler	Opfer ohne Täter Erinnerung an den Hunger 1932/33 in Kasachstan und der Ukraine	105
Christian Teichmann	Arbeiten, kämpfen, scheitern Ein kirgisisches Funktionärstagebuch aus der Stalinzeit	121
Tim Epkenhans	Zwischen Mythos und Minenfeld Historiographie in Tadschikistan	137
Askar Djumashev Thomas Loy	Karakalpakstan und der "Kilometer 80" Nationalitäten und Erinnerung in Usbekistan	151
Tobias Rupprecht	Musenkuss in Nukus Sowjetische Avantgarde-Kunst in der usbekischen Provinz	159

Bücher und Zeitschriften

Bibliographie Abstracts		196 206
Ruth Leiserowitz, Hg.: Die unbekannten Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa. – Maximilian Opitz: Die Minderheitenpolitik der Europäischen Union. Probleme, Potentiale, Perspektiven. – Robin Schmied-Kowarzik: Die Europäische Union und ihre ethnischen Minderheiten	Sabine Riedel	192
Sigita Urdze: Die externe Demokratieförderung der EU in den zentralasiatischen Staaten	Mária Huber	191
Paulus Adelsgruber, Laurie Cohen, Börries Kuzmany: Getrennt und doch verbunden. Grenzstädte zwischen Österreich und Russland 1772–1918	Kurt Scharr	189
Hans-Hubertus Mack, László Veszprémy, Rüdiger Wenzke, Hg.: Die NVA und die Ungarische Volksarmee im Warschauer Pakt	Gerhard Wettig	188
Stefan Creuzberger: Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik	Ruud Veltmeijer	186
Hans-Christian Petersen, Samuel Salzborn, Hg.: Antisemitism in Eastern Europe. History and Present	Artur Kopka	185
Jörg Hackmann, Klaus Roth, Hg.: Zivilgesellschaft im östli- chen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart	Matthias Freise	183
Serhij Zhadan, Hg.: Totalniy Futbol – Eine polnisch-ukrainische Fußballreise	Martin Brand	181
Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst u.a., Hg.: Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts	Roland Borchers	180
Pauline Jones Luong, Erika Weinthal: Oil is Not a Curse. Ownership Structure and Institutions in Soviet Successor States	Roland Götz	179
Florian Grotz, Ferdinand Müller-Rommel, Hg.: Regierungssysteme in Mittel- und Osteuropa. Die neuen EU-Staaten im Vergleich	Andreas Heinemann-Grüder	177
Wolfgang Ruge: Gelobtes Land. Meine Jahre in der Sowjetunion. Herausgegeben von Eugen Ruge. – Eugen Ruge: In Zeiten des abnehmenden Lichts. Roman einer Familie	Jost Dülffer	175
Andreas Kappeler, Hg.: Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung	Kerstin S. Jobst	173

Benno Ennker

Zweierlei Krisen in Russland

Machterosion und Neuorientierung

Nach der Präsidentschaftswahl ist Russlands politische Lage nur scheinbar klar. Zwar wird Vladimir Putin wieder Präsident. Doch das politische System ist fragiler denn je. Die Legitimität der Herrschaft ist schwach, der Modernisierungsimpuls aus dem letzten Jahrzehnt ist verpufft. Die strukturellen Schwächen des Staatskapitalismus, in dem die bürokratischen Eliten danach streben, die Erträge aus dem Rohstoffexport abzuschöpfen, sind ungelöst. Die Machtvertikale erodiert. Aber auch die Demokratiebewegung ist in einer Sackgasse. Die Politik der Straße hat sich erschöpft. Auch sie steht vor einer Neuorientierung.

Vladimir Putin hat die Präsidentenwahl in Russland am 4. März 2012 gewonnen. Nach dem offiziellen Ergebnis gewann er mit 63,6 Prozent haushoch über seine Konkurrenten, den Kommunisten Gennadij Zjuganov (17,18 Prozent) und den Liberalen Michail Prochorov (7,98 Prozent). Vladimir Žirinovskij (6,22 Prozent) und Sergej Mironov (3,85 Prozent) bleiben die Plätze vier und fünf. Das Ergebnis enthob ihn der Notwendigkeit, sich einer Stichwahl zu stellen, was für die Protestbewegung enttäuschend war. Russlands Demokratiebewegung hatte ihren Ausgang im Protest gegen die vielfältigen gravierenden Wahlfälschungen bei der Dumawahl vom Dezember 2011 genommen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass ihre sozialen Bedingungen und politischen Erfahrungen weit hinter die Dumawahl zurückreichen.

Zwischen dem Putinschen Machtkartell und Teilen der Gesellschaft hat sich über Jahre eine Vertrauenskrise aufgebaut, die angesichts der Abhängigkeit dieses Regimes von populistischen Erfolgen an eine Machtkrise heranreicht. Zwei Schlussfolgerungen drängen sich auf: Zum einen hatten die Wahlfälschungen die Funktion eines Katalysators für das öffentliche Auftreten der Demokratiebewegung in den Massendemonstrationen; zum anderen zeigt der Blick auf den sozialen Hintergrund der "neuen Mittelklasse" auch die Grenzen, die dieser Bewegung gegenwärtig gesetzt sind. Schon die Kluft in der Mobilisierbarkeit zwischen Moskau, den anderen Großstädten sowie den kleineren Städten in der Provinz muss nachdenklich stimmen. Die Demokratiebewegung beginnt offensichtlich, den Blick über den ursprünglichen Anlass als

OSTEUROPA, 62. Jg., 3/2012, S. 3-19

Benno Ennker (1944), Dr. phil., Osteuropa-Historiker und Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter für Russische Kultur- und Sozialgeschichte an der Universität St. Gallen, Schweiz Von Benno Ennker erschien zuletzt in OSTEUROPA: Russland in Bewegung. Die alte Ordnung und die neuen Dekabristen, in: OE, 1/2012, S. 41-55.

Sergej Belanovskij et al.: Bewegung in Russland. Der Aufstieg der Mittelschicht und die Folgen, in: OSTEUROPA, 1/2012, S. 79–99. – Benno Ennker: Russland in Bewegung. Die alte Ordnung und die neuen Dekabristen, in: ebd., S. 41–55.

Nach der Lektüre der insgesamt 15 Beiträge, in denen alle größeren Regionen Ost- und Südosteuropas Berücksichtigung finden, bleibt der Leser angesichts der zahlreichen Konzeptionalisierungen von Zivilgesellschaft ratlos zurück. Zwar zeichnet Jörg Hackmann in seinem einführenden Beitrag zur Zivilgesellschaft in der historischen Osteuropaforschung einen systematischen Überblick über den Stand der Forschungsdiskussion, und Klaus Roth ergänzt ein weiteres konzeptionelles Kapitel zur Zivilgesellschaft aus ethnologischer Perspektive. Die anschließenden Beiträge nehmen darauf aber zumeist keinen Bezug, sondern präsentieren empirische Forschungsvorhaben, die sich alle mehr oder weniger umfassend auf das Zivilgesellschaftskonzept berufen, ohne dabei die Untersuchungsvariablen zu konkretisieren.

Der Sammelband zerfällt somit in eine Textsammlung, in der Zivilgesellschaft mal als neues Konzept des Verfassungsrechts in Ostmitteleuropa (Angelika Nußberger), mal als Bildungsinstitution (Gabriele Wolf) und mal als Träger einer Erinnerungskultur (Claudia Weber) begriffen und noch dazu in einen nationalstaatlichen Kontext gestellt wird. Im Ergebnis wird der Vagheit des Begriffes weiter Vorschub geleistet und die analytische Brauchbarkeit von Zivilgesellschaft weiter limitiert.

Allerdings soll dieser konzeptionelle Einwand gegen den Sammelband keine Kritik an den Forschungsarbeiten der einzelnen Autorinnen und Autoren darstellen. Im Gegenteil: Das Buch enthält durchaus eine ganze Reihe von lesenswerten Beiträgen. Besonders spannend sind Studien, die Vereinskulturen in der Region aus einem historischen Blickwinkel betrachten. So untersucht Jörg Hackmann den gesellschaftlichen Wandel in Nordosteuropa durch das Prisma einer Vereinstopographie Dorpats (heute Tartu) und bestätigt Ergebnisse der Vereinsforschung, die Assoziationen eine wichtige Rolle bei der Herausbildung nationaler Identitäten zuweist.

Denis Hanovs greift diese Erkenntnis auf und untersucht in seinem Beitrag die bürgerliche Vereinskultur und die nationale Presse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Lettland. Er belegt anschaulich, wie das Vereinswesen die lettische Nationalbewegung institutionalisierte und bis heute – wenn auch in anderer Konfiguration – entscheidend beeinflusst.

Diese Schlüsselrolle in der Nationswerdung weist Elena Mannová den Vereinen auch für die Slowakei zu, deren Vereinswesen sie im 19. und 20. Jahrhundert illustriert und dabei vor allem Konflikt- und Kooperationsmuster in der Vereinslandschaft in den Blick nimmt. Für die vergleichende historische Assoziationsforschung stellen diese Beiträge eine Bereicherung dar, sind die Vereinslandschaften in Osteuropa bislang doch noch erheblich unterbelichtet.

Gegen eine säkularistische Definition von Zivilgesellschaft argumentieren drei weitere Beiträge des Sammelbands. Hermann Beyer-Thoma arbeitet in seinem Beitrag die gesellschaftliche Rolle des Altgläubigentums im Russland des ausgehenden 17. bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts heraus und unterstreicht seine Bedeutung für die Entwicklung eines Assoziationswesens, das von Staat und Staatskirche unabhängig war.

Eligiusz Janus untersucht die konfessionelle Zivilgesellschaft im geteilten Polen und illustriert dabei den traditionellen Einfluss des Klerus auf das polnische Assoziationswesen. Das Zusammenleben in ethnisch und konfessionell gemischten Siedlungen in Ungarn im Übergang von der Ständegesellschaft zur Moderne ist schließlich das Thema von Juliane Brandt.

Weitere Kapitel befassen sich mit der Rolle der Zivilgesellschaft in der Habsburgmonarchie (Harald Heppner und Robert Luft), dem Theater als zivilgesellschaftliche Bildungsinstitution in Bulgarien (Gabriele Wolf), der nationalen Erinnerungskultur in Bulgarien (Claudia Weber) und der Rolle von Bürgerinitiativen beim Sturz des Milošević-Regimes in Jugoslawien (Alexandar Molnar).

In der Zusammenschau liefern die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes sicherlich spannendes empirisches Material für die historische Osteuropaforschung. Mit der Versammlung der Beiträge unter dem Dach der Zivilgesellschaftsforschung hat sich die Anthologie jedoch keinen Gefallen getan.

Matthias Freise

Hans-Christian Petersen, Samuel Salzborn, Hg.: Antisemitism in Eastern Europe. History and Present. Frankfurt/Main: Peter Lang Verlag 2010 (Politische Kulturforschung, Bd. 5). 245 S. 43,80 €

Der Antisemitismus zählt zu den ältesten und beharrlichsten Vorurteilen gegenüber einer über Religion, Volk, Nation oder Rasse definierten Menschengruppe. Er ist sowohl ein historisch relevantes als auch ein hochaktuelles gesellschaftliches Phänomen. Innerhalb der Geschichts- und der Sozialwissenschaften besteht der größte Teil der theoriebildenden Forschung aus Studien zu westeuropäischen Ländern. Es ist durchaus überraschend, wie wenig wissenschaftliche Aufmerksamkeit diesem Thema für den osteuropäischen Raum bislang gewidmet wurde. Zwar liegen Einzelfallstudien zur Feindschaft gegenüber den Juden im östlichen Europa vor, eine komparatistisch angelegte Studie zu den unterschiedlichen Formen dieser historisch fest verankerten und verbreiteten gesellschaftlichen Erscheinung existiert bislang jedoch nicht.

Um die regionalen Charakteristika sowie die Unterschiede und Ähnlichkeiten des Antisemitismus in den einzelnen Ländern aufzuzeigen, befassen sich neun Antisemitismus-Kenner in dieser Aufsatzsammlung systematisch mit dem Thema der Judeophobie in Osteuropa. In den einzelnen Beiträgen wird nicht nur ein umfassender Überblick über die historischen Ursachen der antisemitischen Tendenzen gegeben, sondern es werden auch die Auswirkungen auf die heutige gesellschaftspolitische Lage in den Ländern vom Baltikum bis zum Balkan untersucht.

Im ersten Beitrag skizziert Klaus-Peter Friedrich die Entwicklung des Antisemitismus in Polen. Nach einer kurzen Erläuterung zu den jüdischen Wurzeln im polnischen Königreich erfolgt ein historischer Abriss zur Situation der jüdischen Volksgemeinschaft von der Nationalismusära Ende des 19. Jahrhunderts, über die Zwischenkriegszeit der Zweiten Republik und die Nazibesetzung bis hin zur national-kommunistischen Periode der Volksrepublik Polen. Darüber hinaus untersucht Friedrich die unter anderem durch die Kon-

troverse um Jedwabne ausgelöste Diskussion der polnischen Bevölkerung über ihr Verhältnis zu den Juden während und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die aktuelle gesellschaftliche Haltung gegenüber dem Judentum auf der Grundlage von Meinungsumfragedaten.

Der Prager Historiker Michal Frankl analysiert die Eigenheiten des Antisemitismus in den böhmischen Ländern. Er sieht die Anfänge im nationalen Konflikt zwischen den Tschechen und den Deutschen im multiethnischen Habsburgerreich begründet. Das Besondere an diesem Zugriff liegt in der Betrachtungsweise, die nicht "Wien-zentriert" ist. sondern die Entwicklung antisemitischer Tendenzen in der böhmischen Provinz beleuchtet. Frankl geht auf die Fragen ein, ob der Antisemitismus als Bestandteil der aus dem deutsch-tschechischen Nationalkonflikt hervorgegangenen Propaganda anzusehen ist und inwiefern die Dogmen dieser nationalen Auseinandersetzung jenen des modernen Antisemitismus entsprechen. Des Weiteren analysiert er die Entwicklungen des Antisemitismus vor dem Hintergrund der in der Holocaustperiode sowie nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmenden ethnischen Homogenisierung. Abschließend erläutert er die Gründe für den Rückgang der antijüdischen Tendenzen in der Tschechischen Republik nach der "Samtenen Revolution" von 1989 und der gesellschaftspolitischen Transition. Magdalena Marsovszky beleuchtet die Hin-

tergründe des ungarischen Antisemitismus. Sie analysiert die kulturellen Ouellen der allgemeinen Fremdenfeindlichkeit, insbesondere aber des verbreiteten "strukturellen Antisemitismus", sowie die damit verbundenen negativen Konnotationen und die ablehnende Haltung gegenüber den Juden in der ungarischen Gesellschaft. Dabei geht Marsovszky zunächst auf die Genese und die lange Tradition des "völkischen" Gedankenguts in Ungarn als Hauptfaktor der horizontalen Ausgrenzung ein, beschreibt im nächsten Schritt die darauf basierenden Formen des ungarischen Antisemitismus und belegt diese mit Beispielen antisemitischer Mobilisierung. Als Ursachen für die gegenwärtige Verschärfung der Gewaltbereitschaft gegenüber den

Juden in der ungarischen Bevölkerung benennt sie das innerhalb der Gesellschaft verbreitete Schisma, die Sakralisierung der Nation sowie die nationalistische Opferdarstellung.

In seinem Beitrag zum Antisemitismus in der Balkanregion befasst sich Frank Chaim mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. In den einzelnen Kapiteln zu Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Slowenien, Montenegro, Serbien, zur autonomen Provinz Kosovo und Metochien zeichnet Chaim die vielschichtigen politischen und kulturellen Hintergründe antisemitischer Trends in diesem ethnisch stark differenzierten und überaus konfliktträchtigen Teil Europas nach.

Die Analyse konzentriert sich eher auf die Situation der jüdischen Gemeinschaft auf dem Balkan und die Besonderheiten des dortigen Antisemitismus als auf die Mitschuld der Balkanstaaten am Holocaust. Chaim verweist auf die notwendige Differenzierung zwischen dem deutschen und dem österreichischen Nationalismus, den ideologischen Inhalten unterschiedlicher Balkanregimes sowie den regionalen faschistischen Bewegungen in diesen Ländern.

In den Beiträgen zu den baltischen Staaten

Lettland und Litauen befassen sich Svetlana Bogojavlenska und Mordechai Zalkin jeweils mit den komplexen interethnischen Verhältnissen und den turbulenten Nationalstaatsbildungsprozessen. Dabei betrachten sie zum einen die Situation der Juden in Abhängigkeit von der jeweilig regierenden Staatsmacht. zum anderen analysieren sie die Beziehung der ethnischen Letten bzw. Litauer zur jüdischen Bevölkerung im historischen Verlauf. Hans-Christian Petersen beleuchtet in seinem Artikel die Entwicklung antisemitischer Tendenzen in Russland sowohl in der zaristischen als auch in der sowjetischen und postsowjetischen Periode. Er erklärt die unumstrittene gesellschaftliche Bedeutung der jüdischen Bevölkerung sowie die einhergehende Diskriminierung der in Russland stark vertretenen Gesellschaftsgruppe. Dabei wendet er die von Wolfgang Benz eingeführte terminologische Differenzierung der ursprünglich für Westeuropa geltenden vier Typen des Antisemitismus (christlicher "Anti-Judaismus", "rassistischer Antisemitismus" des 19. Jahrhunderts, "sekundärer Antisemitismus" der Nachkriegszeit sowie "Anti-Zionismus") auf den russischen Fall an.

In der letzten Länderstudie widmet sich Mariana Hausleitner den unterschiedlichen Ausprägungen der Judenfeindlichkeit in Rumänien. Hausleitner befasst sich mit den Ursachen für den dort vorherrschenden wirtschaftlichen Antisemitismus zum Ende des 19. Jahrhunderts und dem Kampf der rumänischen Juden um die Anerkennung ihrer nationalen Zugehörigkeit. Darüber hinaus geht sie ein auf die sich zwischen Emanzipation und Marginalisierung bewegenden Position der jüdischen Population in der rumänischen Gesellschaft während der Zwischenkriegszeit sowie auf die ethnischen Säuberungen im Zweiten Weltkrieg. Darauf aufbauend stellt sie die Rolle der Juden im stalinistischen und kommunistischen Rumänien dar sowie die verschiedenen Aspekte des rumänischen Antisemitismus in der post-kommunistischen

Abgerundet wird der Sammelband durch den Aufsatz von Samuel Salzborn, der die Besonderheiten des Antisemitismus in Osteuropa in komparatistischer Perspektive zusammenfasst. Das Werk liefert eine umfassende und tiefgründige Informationsquelle zum Thema Antisemitismus mit dem Referenzpunkt Osteuropa und bietet einen fundierten Überblick über die Entwicklungen in den einzelnen Ländern dieser Region.

Artur Kopka

Stefan Creuzberger: Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik. Berlin: be.bra verlag 2009 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Bd. 14). 187 S. 19,90 €

Jakob Kaiser sah Deutschland zwischen 1945 und 1947 noch immer als Brücke zwischen Ost und West. Der damalige Vorsitzende der Ost-CDU meinte, dass ein Entweder-Oder eines West- oder Ostblocks zu vermeiden wäre. Er glaubte an das Sowohl-als-Auch der Verständigung. Gab es damals wirklich Möglichkeiten für eine Wiederbelebung der alten Schaukelpolitik? Stefan Creuzberger macht in seinem Buch klar, dass der damalige Führer der West-CDU und spätere erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, im Gegensatz zu Kaiser von Anfang an konsequent auf eine Westbindung setzte.

Für Adenauer war klar, dass die Sowjetunion auf keinen Fall auf die Kontrolle über die Ostzone verzichten würde. Deswegen hielt er es für unrealistisch, weiter auf eine erneute Gründung eines deutschen Einheitsstaates zu setzen. Statt dessen plädierte er für die Gründung der Bundesrepublik, die den großen Weststaaten das Existenzrecht verdankte und sich deswegen ihnen gegenüber immer loyal verhalten würde. Zunächst sollten die Westdeutschen dank der Zusammenarbeit mit den Weststaaten unabhängig werden. Die Deutsche Frage kam danach, war aber zu keinem Zeitpunkt vergessen. Die Westdeutschen forderten von den Westalliierten Unterstützung für die Wiedervereinigung.

Zuerst gab es dabei keine Probleme, und die Westalliierten, die USA voran, förderten konsequent das Ideal eines demokratischen deutschen Einheitsstaates. Mit der Zündung der ersten sowietischen Wasserstoffbombe 1953 änderte sich jedoch einiges. Zwischen den beiden Supermächten entstand ein Gleichgewicht des Schreckens, das Moskau und Washington eine gewisse Verständigung abzwang. Zu dieser Politik passte auch die Akzeptanz des Status quo in Europa, also auch der deutschen Teilung. Adenauer zog die Konsequenzen aus der Kursänderung in den USA und ging auf Distanz. Er näherte sich Frankreich an, aber auch der Sowjetunion. Der am 22. Januar 1963 mit Frankreich geschlossene Elysée-Vertrag, aber auch Adenauers berühmte Moskau-Reise 1955 belegen, dass eine Außenpolitik jetzt darauf zielte, den eigenen Spielraum zu vergrößern. Es war für den Kanzler klar, dass der Schlüssel zur Wiedervereinigung letzten Endes doch in Moskau zu finden war. Aber er verstand auch, dass die Distanz zu den USA nicht größer werden sollte.

Creuzberger macht deutlich, dass Adenauer schon die Weichen für die spätere Ostpolitik

stellte, indem er sich der Sowietunion annäherte. Und das von ihm im Westen aufgebaute Vertrauen bildete eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Willy Brandt Ende der sechziger Jahre mit seiner auf Verständigung mit Osteuropa ausgerichteten Politik beginnen konnte. Deswegen war die Ostpolitik der Ära Brandt, so Creuzberger, weniger ein Gezeitenwechsel, als es die meisten Historiker wahrhaben wollen. Auch für die SPD/FDP Koalition war die Ostpolitik keine Alternative zur Westbindung. Die Amerikaner wurden ständig über die Verhandlungen zwischen Bonn auf der einen Seite und Moskau. Warschau und Ost-Berlin auf der anderen Seite auf dem Laufenden gehalten. Nixon und Kissinger befürworteten die Verständigung zwischen Bonn und Moskau. Die Amerikaner suchten damals einen Ausweg aus Vietnam, und das Bestreben, die deutsche Frage, wenn nicht zu lösen, doch wenigstens zu kontrollieren, passte zu der damaligen Politik der Détente.

Durch die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches und indem sie die Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten intensivierte und, in gewissem Umfang, auch normalisierte, machte die Regierung Brandt das DDR-Regime weitgehend salonfähig. Die Verbesserung der Kontakte bot Möglichkeiten für die Verbesserung der Lebensumstände der Menschen im Osten. "Was gut ist für die Menschen im geteilten Deutschland, ist auch gut für die Nation", so lautete die deutschlandpolitische Formel des sozialdemokratischen Bundeskanzlers. Diese Formel sollte die Maxime aller Bundesregierungen bis zur Wiedervereinigung werden. Brandt verzichtete jedoch niemals auf den Anspruch einer Wiedervereinigung. Er war der Meinung, dass mehr Möglichkeiten für Kontakte zum Westen für die Menschen im Osten das DDR-Regime am Ende aufweichen und sogar schwächen würden - er setzte auf "Wandel durch Annäherung".

Im Rahmen der Ostpolitik erfolgte auch die faktische, jedoch nicht die rechtliche Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze. Mit der Sowjetunion einigte man sich darauf, die Grenzen als "unverletzlich", nicht aber als "unverrückbar" zu betrachten. Die Ostpolitik war